

8. Mai wird offizieller Gedenktag in Brandenburg

Vor 70 Jahren, am 8. Mai 1945, schlug dem faschistischen Regime in Deutschland die letzte Stunde. Über Berlin wehte die rote Fahne mit Hammer und Sichel. Hitlers Paladine unterschrieben die Kapitulation.

Zwölf Jahre nach dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie, sechs Jahre nach Beginn des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges lagen Europa und große Teile der Welt in Schutt und Asche. Bis zu 80 Millionen Menschen hatten auf den Schlachtfeldern, in den Konzentrationslagern, im Terror von SS und Wehrmacht, auf der Flucht oder im Bombenhagel ihr Leben verloren.

Das deutsche Volk hatte Regime, Krieg und Terror mehrheitlich bis zur letzten Minute getragen, zumindest ertragen. Der Widerstand, den es in allen Gruppen der Bevölkerung gab, kämpfte heroisch, blieb aber unter den gegebenen Umständen letztlich zu schwach, um die Verhältnisse zu wenden.

Der Antisemitismus, seit Jahrzehnten das Schandmal der deutschen Gesellschaft, hatte den Resonanzboden für einen bis dahin unvorstellbaren Zivi-

lisationsbruch abgeben – die Shoa, die industrielle Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas.

Es bedurfte übermenschlicher Anstrengungen der Völker insbesondere der Sowjetunion, Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der weit über 100 Mitgliedsstaaten der weltweiten Anti-Hitler-Koalition, um die Welt und Deutschland von diesem Horror zu befreien und eine humanistische Perspektive zu bewahren.

Mittlerweile sind 25 Jahre seit dem Ende des Kalten Krieges vergangen, der lange Zeit auch die politischen Sichten auf den 8. Mai 1945 prägte. Sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlischt die Stimme der Zeitzeugen. Das ver-eintete

Gute Arbeit – Das muss drin sein! S. 2
Landeshaushalt 2015/16: Sozialer, lebenswerter, zukunftssicher S. 3
Zugang zum Studium sozial gestalten S. 4
Impfen schützt! S. 4

Deutschland, das im letzten Vierteljahrhundert stets ein sehr kritisches Verhältnis zur Vergangenheit gepflegt hatte, ist beunruhigend still.

Ein gemeinsames Gedenken der einstigen Alliierten gibt es nicht. Stattdessen zunehmende Sprachlosigkeit im Zuge der Ukraine-Krise und der russischen Annexion der Krim. Die Diplomatie hat einen schweren Stand. Wer für Vernunft und Zurückhaltung wirbt, sieht sich bösen Anfeindungen ausgesetzt.

Vor welchem Abgrund die Welt bis 1945 stand, wie es dahin gekommen war und wer sie davor bewahrt hat – das spielt keine angemessene Rolle mehr. Brandenburg hat daher das Richtige und das Notwendige getan: in unserem Land ist der Tag der Befreiung nunmehr ein offizieller Gedenktag.



Margitta Mächtig
Fraktionsvorsitzende



Gute Arbeit – Das muss drin sein!

Nicht nur zum Tag der Arbeit kämpfen wir gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse und für eine Grund-sicherung und einen Mindestlohn von 10 Euro.

Die Zahl der Erwerbslosen sinkt. Das ist erfreulich. Doch die Erwerbsquote allein sagt noch nichts über die Qualität der Arbeit. Immer mehr Männer und Frauen arbeiten in so genannten atypischen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dazu gehören Mini- oder Teilzeitjobs, Befristungen und Leiharbeit. Letztere hat auch in Brandenburg kontinuierlich zuge-nommen. Mehr als 16.000 Erwerbstätige hatten 2013 Leiharbeitsverträge. Gerade Berufseinsteiger und jüngere Beschäftigte kennen es mittlerweile nicht anders, für sie sind befristete Arbeitsverträge, Teilzeitjobs und Leiharbeit Alltag. Das ist ein Alarmsignal.

Seit Mitte der 1990er Jahre sind neue Arbeitsplätze vor allem durch flexiblere Bezahlung im Niedriglohnsektor ent-standen. Die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten ist seitdem um 20 Prozent gesunken. Die Schere zwischen Gut- und Geringverdienern öffnet sich immer weiter. Daran ändert auch der gesetzliche Mindestlohn nichts. Seine Einführung im Januar war ein erster Schritt, aber noch gibt es zu viele Ausnahmen. Und 8,50 Euro Stundenlohn reichen nicht für ein Leben ohne Existenzangst und eine armutsfeste Rente. Weitere Schritte

Richtung 10 Euro pro Stunde müssen zügig folgen.

Nicht zu vergessen sind auch die Lang-zeitarbeitslosen. Es ist eine Schande, dass sich hier der Bund aus der Verantwortung stiehlt. Es ist allemal besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Über den Passiv-Aktiv-Transfair, also den Einsatz der Grundsicherung und der Kosten der Unterkunft zur Finanzierung von Arbeits-plätzen, könnte das auch erreicht werden.

Die Abgeordneten unserer Fraktion un-terstützen die Kampagne der Partei „Das muss drin sein“ gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse. Gemeinsam mit Gewerkschaftern und allen, die für soziale

Gerechtigkeit und für die Rechte der Arbeitnehmer am 1. Mai auf die Straße gehen, kämpfen wir für Gute Arbeit, die den Beschäftigten ein sicheres und angemessenes Einkommen garantiert. Wir wollen den Brandenburger Arbeitsmarkt attraktiver machen, denn von Guter Arbeit profitieren nicht nur Erwerbstätige, sondern sie ist auch ein Wettbewerbsvor-teil der Arbeitgeber im Ringen um gute Fachkräfte.



Andreas Bernig
Sprecher für
Arbeitsmarktpolitik und
Gewerkschaften

Gedenken in Ravensbrück und Sachsenhausen



Anita Tack und Gerrit Große bei der Kranzniederlegung in Ravensbrück

Auch im KZ Sachsenhausen gedachten Abgeordnete der Links-fraktion der Opfer des Nationalsozialismus.



Landeshaushalt 2015/16: Sozialer, lebenswerter, zukunftssicher

Mit mehr Geld für Bildung und Forschung, einer Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze schafft und einem kommunalen Investitionsprogramm gestalten wir ein sozialeres Brandenburg.

Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (DIE LINKE) hat im März den Landeshaushalt für die Jahre 2015 und 2016 in den Landtag eingebracht – jetzt arbeitet das Parlament daran. Der Doppelhaushalt geht in seiner gesellschaftlichen Wirkung weit über die nächsten zwei Jahre hinaus – wir stellen damit die richtigen Weichen, um Brandenburg sozialer, zukunftssicherer und lebenswerter zu gestalten.



4.300 neue Lehrerinnen und Lehrer bis 2019

Wir werden weiter in Bildung, Forschung und Wissenschaft investieren. Ziel der Wirtschaftspolitik ist und bleibt es, günstige Rahmenbedingungen für zukunftsfähige und gute Arbeitsplätze zu schaffen und alles dafür zu tun, bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig werden wir Langzeitarbeitslose weiterhin unterstützen, um diese brachliegenden Potentiale für den Arbeitsmarkt zu aktivieren. Aber auch die vermeintlich kleinen Dinge – wie die Erhöhung des Landespflegegeldes, die Verbesserung der Finanzausstattung bei den Jugendkunstschulen oder die Finanzierung von zusätzlichen 100 Stellen bei den Schulsozialarbeitern – haben wir im Doppelhaushalt berücksichtigt.

In diesem Rahmen haben wir erreicht, die Gesamtausgaben für den Bereich Wissenschaft und Forschung auf hohem Niveau zu halten und darüber hinaus noch zu

erhöhen: von rd. 500 Mio. € im Jahr 2014 auf knapp 598 Mio. € in 2016. Auch im Bildungsbereich erhöhen wir die Ausgaben weiter. Sie steigen von 1,42 Mrd. € auf 1,54 Mrd. €.



230.000.000 Euro für die Infrastruktur in den Kommunen

Zugleich fördern wir mit dem Kommunalen Infrastrukturprogramm von 230 Mio. € ab 2016 Investitionen in die Bildungs-, Verkehrs-, Feuerwehr- und Freizeit-/Sportinfrastruktur. Insgesamt fließt ein Drittel aller Ausgaben als Zuweisung an die Kommunen des Landes – das ist bundesweit ein Spitzenwert. Wir werden in den nächsten zwei Jahren die Fördermittel vom Bund und der EU vollständig abrufen bzw. kofinanzieren.



Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels auf 1:5

Es ist ein solider, aber auch ambitionierter Haushalt, der es der Regierung ermöglicht, den Koalitionsvertrag für ein sozialeres Brandenburg in dieser Legislatur umzusetzen. Aber wir verhehlen auch

nicht: Die Herausforderungen für diesen Haushalt waren groß. Es war eine enorme Kraftanstrengung, die wir gestemmt haben.



Mehr Geld für Feuerwehren

Deswegen müssen und werden wir viel Engagement auf eine anständige, solidarische Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und auf eine faire Berücksichtigung der Interessen von strukturschwachen Regionen in Ost und West richten. Unsere Gesamteinnahmen werden in den nächsten zwei Jahren, wenn sich die konjunkturelle Entwicklung fortsetzt wie bisher, zu über 60 Prozent aus eigenen Steuereinnahmen gespeist (Steuerdeckungsquote 2016: geplant 63,9 Prozent). Dies ist ein Spitzenwert für die ostdeutschen Flächenländer – und er wächst weiter. Aber er zeigt zugleich, dass auch ein Land wie Brandenburg noch ein Weilchen auf solidarische Ausgleichsmechanismen angewiesen bleibt.

Mit dem jetzt zu beratenden Doppelhaushalt wie mit der damit verbundenen mittelfristigen Finanzplanung verfolgen wir hohe Ansprüche. Eine zukunftsweisende Finanzpolitik beachtet sowohl die kurzfristigen Budgetziele als auch die langfristige Tragfähigkeit von Haushaltsstrukturen. Es geht auch darum, dass kommende Generationen nicht über Gebühr belastet werden. Deswegen nehmen wir keine neuen Kredite mehr auf, deswegen bilden



wir verantwortungsbewusst Rücklagen.

Stefan Ludwig
Sprecher für
Kommunalpolitik und
Finanzen

Zugang zum Studium sozial gestalten

Mit einem Gesetz zur Hochschulzulassung wollen wir sozial Benachteiligte fördern und ihnen einen leichteren Zugang zur Universitäten ermöglichen.

DIE LINKE steht für einen freien Zugang zum Studium. Leider ist die Anzahl der Studienplätze auf Grund der Kapazitäten der Hochschulen limitiert, was dazu führt, dass lange nicht alle ein Studium beginnen können, die es gerne möchten. Einschränkungen der Freiheit der Berufswahl bezeichnete das Bundesverfassungsgericht bereits 1977 als „situationsbedingte Notmaßnahmen zur ‘Verwaltung eines Mangels‘“. Wir teilen diese Auffassung und sehen einen dringend notwendigen

Bedarf darin, bundesweit auf die Schaffung ausreichender Studienplatzkapazitäten hinzuwirken, sowie die Vergabe dieser bundeseinheitlich zu regeln und zu koordinieren.

Da Brandenburg derzeit das einzige Bundesland ist, welches die Beschränkung des Zugangs zum Studium auf Grundlage einer Verordnung regelt und dies von Gerichten angemahnt wurde, hat die Landesregierung nun ein Gesetz zur Regelung der Hochschulzulassung vorgelegt. Für die Linksfraktion im Landtag gilt bei diesem Gesetz die Prämisse, dass die Zulassung zum Studium zuerst nach sozialen Kriterien zu erfolgen hat. Die Auswahl nach

der Durchschnittsnote oder nach anderen Tests darf nicht im Vordergrund stehen und möglichst viele Studienplätze sollten an sozial benachteiligte Bewerber_innen vergeben werden. Ebenfalls muss im Gesetz verankert werden, dass die Auswahlverfahren, die oft vor der Zulassung zum Studium stehen, ohne Gebühren für die Bewerber_innen ablaufen.



Isabelle Vandré
Sprecherin für Hochschulpolitik

Impfen schützt!



Beim Thema Infektionskrankheiten setzen wir auf Aufklärung und freiwilliges Impfen. Dadurch ist die Impfquote in Brandenburg eine der höchsten bundesweit.

Masern sind keine harmlose Kinderkrankheit. Sie sind sehr ansteckend, schwächen das Immunsystem und können bei Komplikationen zu schweren Erkrankungen und bleibenden Schäden führen. Weder Masern noch Röteln konnten bisher ausgerottet werden, wie der schwere Masernausbruch in Berlin und immer wieder auftretende Masernerkrankungen in Brandenburg aktuell deutlich machen.

Schutzimpfungen gehören zu den wirksamsten Maßnahmen, um Infektionskrankheiten vorzubeugen. Wer geimpft ist, schützt sich und andere. Die Infektionskette wird unterbrochen, was gerade bei sehr anste-

ckenden Erkrankungen wie Masern wichtig ist.

Brandenburg bekennt sich zum Prinzip der Aufklärung und Freiwilligkeit. Die Anstrengungen zur Erhöhung der Impfquote werden verstärkt. 95,2 Prozent aller Schulanfänger sind gegen Masern geimpft, bei Kita-Kindern gibt es Nachholbedarf. Bundesweit sieht es anders aus. Bund und Länder sind in der Pflicht, aktiv für die Verbesserung der Impfquote einzutreten. Die 4. Nationale Impfkongress, die von der gemeinsamen Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg im Juni ausgerichtet wird, bietet den geeigneten Rahmen.



René Wilke
Sprecher für Gesundheitspolitik



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

L nach dem Lesen weiterreichen!

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Thomas Rohde (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 07
thomas.rohde@linksfraktion-brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Dominique Prokopy

FOTOS Tafel: ohneski / photocase.de; Spielendes Kind:

speednik / photocase.de; Feuerwehrmann: pur / pho-

tocase.de; Arm mit Pflaster: sör alex / photocase.de;

LAYOUT, SATZ, GRAFIK Döring & Waesch, Perleberg

AUFLAGE 7 000 Stück

DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,

Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen



www.linksfraktion-brandenburg.de